

Erwiderung auf die Regierungserklärung von André Trepoll, Vorsitzender der CDU Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

Hamburg ist nicht bloß eine Stadt, Hamburg ist auch ein Lebensgefühl. Hamburg als zweitgrößte Stadt Deutschlands, ist eine wachsende Stadt, eine Stadt in der wir gerne Leben und Arbeiten, die als weltoffene und vielfältige Metropole fast unbegrenzte Möglichkeiten bietet.

Sprich: Hamburg ist eine tolle Stadt. Aber es gibt natürlich auch Probleme, wachsende Probleme und einen selbstgefälligen Senat, der diese Probleme kleinredet. Eine wachsende Zahl an Volksinitiativen unter anderem zur Kita- und Bildungsqualität, zur Inklusion, zum Grünerhalt und zuletzt zur Pflegesituation sind Ausdruck dieser wachsenden Unzufriedenheit mit rot-grüner Politik.

Dem rot-grünen "Hamburg, weiter so..." stellen wir Christdemokraten unser "Hamburg, zurück in die Zukunft" gegenüber. Das Leben in unserer Stadt ist im Wandel. Unsere Art zu leben, zu lernen, zu arbeiten, zu wohnen und sich fortzubewegen wird sich ändern. Wir können das einfach auf uns zukommen lassen.

Oder wir machen uns aktiv Gedanken und gestalten unsere Zukunft selbst.

Neben den notwendigen großen Weichenstellungen wollen wir die Sorgen der Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir Hamburg. Anders. Denken.

Und welche Chancen hätte da ein neuer Regierungschef? Einen wirklich neuen Impuls für die Stadt zu liefern, die Menschen wieder für Politik zu begeistern. Leider haben Sie diese Chance heute nicht genutzt, Herr Tschentscher.

Denn da, wo Sie in Ihrer heutigen Regierungserklärung mal konkret wurden, haben Sie Dinge genannt, die nicht neu, sondern bereits seit langer Zeit bekannt sind. Kein von den Hamburgern erhoffter Neustart, kein neuer Aufbruch, keine neuen Ideen.

„Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“, so sagte es einst Helmut Schmidt.

Ich füge hinzu: Wer jedoch gar keine Ideen für die Zukunft hat, dem hilft auch der Arzt nicht mehr.

Ihnen fehlt das Leitbild für unsere Stadt, diese Idee, wo Hamburg in Zukunft stehen soll. So kann man die großen Aufgaben die vor uns liegen nicht bewältigen.

Finanzen

Meine Damen und Herren,

mit Ihrer ersten maßgeblichen Entscheidung haben Sie das Haushaltsvolumen der Stadt erneut massiv erhöht. Unter Rot-Grün ist der Haushalt schon jetzt um über 3 Milliarden Euro angestiegen. Trotz Rekord Steuereinnahmen und historisch niedriger Zinsen, sind die Schulden der Stadt inklusive ihrer Sondervermögen und Beteiligungen auf 32 Milliarden Euro emporgeschossen. Dass Sie diese unverantwortliche Politik als Bürgermeister nun auch noch verschärfen, geht zu Lasten von uns allen.

Und dass das nicht nur an der HSH-Nordbank liegt, zeigt ja der direkte Vergleich mit Schleswig-Holstein, wo die Verschuldung deutlich langsamer ansteigt. Rot-Grün hat nicht einmal in finanziell goldenen Zeiten wie diesen eine Idee, wie die Belastung künftiger Generationen verringert werden kann. Trotz seit Jahren steigender Steuereinnahmen in einer der reichsten Städte Europas hat Hamburg bei der Pro-Kopf-Verschuldung Berlin überholt – BERLIN, Meine Damen und Herren. Damit kehren Sie einer soliden Finanzpolitik endgültig den Rücken. Das geht zu Lasten kommender Generationen und ist zutiefst unsozial. Es bleibt dabei: Rot-Grün kann einfach nicht mit Geld umgehen und denkt nicht an die Zukunft.

Meine Damen und Herren,

Aufgabenkritik ist bei Ihnen Fehlanzeige. Wo kann die Stadt effizienter werden? Die Frage stellen sie sich nicht. Sie überlegen nur, wie sie Ausgabenobergrenzen erhöhen können. Sie glauben, dass man alle Probleme durch immer mehr Geld lösen kann und das tun sie jetzt in vollen Zügen. Ihre Begründung ist abenteuerlich. Hamburg wächst nicht erst seit gestern und wenn man es umkehrt, hätten wir jahrzehntelang immer weniger ausgeben müssen. Die exorbitante Ausgabenerhöhung steht in keinem Verhältnis zu dem realen Wachstum. Das alles, um rot-grüne Wahlgeschenke zu verteilen und stürzende Umfragewerte aufzufangen. Seriöse Politik geht anders.

2

Wirtschaft

Meine Damen und Herren,

Hamburgs Wirtschaft ist seit Jahrhunderten geprägt vom Handel. Unsere Unternehmen haben sich immer wieder neu erfunden. Sie sind innovativ, wettbewerbsfähig und erfolgreich.

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland ist hervorragend.

Davon profitiert natürlich auch Hamburg. Und dennoch fehlt es unserem Standort seit Jahren an wirtschaftlicher Dynamik.

Verglichen mit anderen Metropolregionen fallen wir immer weiter zurück. Bei entscheidenden Indikatoren wie der Wirtschaftsleistung pro Kopf und dem Zuwachs der Produktivität sind München und Frankfurt längst an uns vorbeigezogen. Unser Maßstab kann doch nicht - bei aller Freundschaft - Bremen sein. Hören Sie endlich auf, sich die Zahlen schönzureden. Wir müssen uns mit den dynamischsten Metropolregionen der Welt messen. Entweder wachsen Städte in Zukunft kräftig - oder sie fallen zurück. Ich will, dass Hamburgs Wirtschaft

an Dynamik zurückgewinnt und wir müssen als Deutschlands Handelsmetropole Nr. 1 selbstverständlich unter den Top-3-Regionen Deutschlands liegen.

Dazu bedarf es dringend einer Ansiedlungspolitik inklusive Controlling, die den Namen auch verdient. Wir brauchen eine stärkere Förderung von Unternehmensgründungen in unserer Stadt. "Große Freiheit 4.0" für Startups und Innovationen mit finanziellen Anreizen und günstigen Flächen.

Die Digitalisierung unserer Wirtschaft muss besser gesteuert und vorangetrieben werden. Jedes Gewerbegebiet, jede Hafenfläche und jeder Stadtteil muss selbstverständlich über schnelles Internet verfügen. Wo bleibt das seit Jahren von ihnen immer wieder angekündigte öffentliche WLAN-Netz? Forschungs- und Innovationsparks müssen sich mit anderen Einrichtungen dieser Art messen können.

Sie reden seit Jahre davon, aber zu wenig passiert und das werden wir 2020 ändern.

Meine Damen und Herren,

wer an Hamburg denkt, denkt immer auch an den Hafen. Den Hamburger Hafen als Wirtschaftsmotor und Herz unserer Stadt haben Sie zum großen Sorgenkind werden lassen. 2017 ist der Containerumschlag erneut stagniert, wie auch schon in den letzten Jahren ihrer Regierungszeit. Um Ausreden sind sie nicht verlegen, aber Hamburgs wichtigste Konkurrenzhäfen Rotterdam und Antwerpen sind allein im letzten Jahr um 10% bzw. 4% gewachsen.

Wann kommt die Elbvertiefung, auch dazu haben Sie heute wieder nichts Konkretes gesagt!

3

Der Hafen braucht politisches Handeln: Einen Hafenentwicklungsplan mit Planungssicherheit für die Hafenwirtschaft, einen verlässlichen, konkreten Zeit- und Finanzierungsplan für die Elbvertiefung und eine dauerhafte Lösung der Schlickproblematik, sowie eine Stärkung der Infrastruktur. Damit der Hamburger Hafen in Zukunft wieder an seine Erfolge anknüpfen kann. Auch darum wollen wir uns ab 2020 kümmern.

Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik

Meine Damen und Herren,

Hamburg als Hafenstadt und Deutschlands Handelsdrehscheibe Nummer Eins, ist wie keine andere Großstadt auf gute Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik - dieser Grundsatz ist beim rot-grünen Senat nach all den Jahren immer noch nicht angekommen.

Mobilität, zügig und sicher von A nach B zu kommen, ist ein gesellschaftliches Grundbedürfnis. Und auch wenn Sie immer so tun, im Berufsverkehr fährt niemand aus Spaß mit dem Auto in der Stadt umher. Mobilität, wie wir sie kennen verändert sich. Verschiedene Verkehrskonzepte entstehen überall auf der Welt und werden den Menschen neue Möglichkeiten bieten. Wir setzen deshalb auch auf einen fairen Mix aller Verkehrsarten, sei es zu Fuß, mit dem Rad, dem öffentlichen Nahverkehr, mit dem Auto.

Und, meine Damen und Herren, hier ist dann ein weiterer entscheidender Unterschied zwischen Rot-Grün und uns. Rot-Grün setzt in der Verkehrspolitik auf ideologische Verdrängung, Begrenzung, Überregulierung und Umerziehung, wir hingegen setzen auf intelligente Lösungen, auf den technischen Fortschritt, der auch in Hamburg Mobilität maßgeblich verändern wird.

Als Volkspartei machen wir Verkehrspolitik für alle Hamburger von jung bis alt und nicht ausschließlich nur für gesunde und sportliche Radfahrer. Mobilität in Hamburg muss im Sinne der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Umwelt gedacht und gestaltet werden.

Die Verkehrsteilnehmer in Hamburg sind laut einer ADAC-Studie im bundesweiten Vergleich besonders unzufrieden. Ob der Rückbau von Fahrspuren, das Aufpinseln von Radstreifen, systematische Vernichtung von Stellplätzen, Tempo 30 in der Nacht und Fahrverbote: Alle Ihre Maßnahmen zielen darauf ab, den Verkehrsfluss in Hamburg noch weiter einzuschränken. Hamburg ist dank Rot-Grün Deutschlands Stauhauptstadt. Wirtschaftlicher Schaden: Über 3.5 Milliarden Euro jedes Jahr.

Rohstoffe und Industrieerzeugnisse lassen nicht sich in einer Wirtschaftsmetropole wie Hamburg mit Fahrrädern transportieren.

Hamburg braucht weiterhin leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen. Hamburg braucht endlich ein Logistik- und Verkehrskonzept für die gesamte Metropolregion. Das wollen wir 2020 anpacken.

Meine Damen und Herren,

was Hamburg ganz bestimmt nicht braucht, sind Fahrverbote. Damit treffen Sie wieder vor allem Hamburger mit kleinem und mittlerem Einkommen und den Hamburger Mittelstand, insbesondere auch die Handwerksbetriebe. Ihre Amtskollegen ob in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen tun alles, um diese Enteignung der Dieselfahrer zu verhindern. Was tun Sie, oder ist Ihnen der Koalitionsfrieden wichtiger als die betroffenen Hamburger?

Beschleunigung von Infrastrukturprojekten

Meine Damen und Herren,

ob Elbvertiefung, Autobahnausbau wie der Weiterbau der Küstenautobahn A20, mit der Hafenuferspange A26 oder der Fehmarnbelttunnel: Wichtige Verkehrsprojekte für Hamburg und die Metropolregion brauchen bis zur baulichen Realisierung viel zu lange.

Wir können es nicht hinnehmen, dass wichtige Infrastrukturprojekte immer wieder über Jahre und Jahrzehnte insbesondere von Umweltverbänden verzögert werden.

Das heutige Verfahren ist zu ineffizient und schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit in Europa und darüber hinaus. Es ist an der Zeit, die planerischen und rechtlichen Gegebenheiten auf den Prüfstand zu stellen. Dazu gehört auch das Verbandsklagerechts. Wir wollen den Ausbau, die Sanierung und Verbesserung unserer Straßeninfrastruktur mit voller Kraft voranbringen.

Baustellen in der Metropolregion müssen dabei endlich konsequent koordiniert werden.

Es ist doch ein Hohn, dass Sie vorgestern die Sanierung des Elbtunnels wenige Tage vor Beginn wieder absagen und Ihnen erst so spät auffällt, was für ein Verkehrskollaps bereits in Hamburg herrscht.

Was kostet so ein unordentliches Regieren eigentlich die Hamburger Steuerzahler, Herr Tschentscher?

Meine Damen und Herren,
der Pkw-Bestand wächst in Hamburg Jahr für Jahr um fast 10.000 Fahrzeuge. Das ist Fakt. Insbesondere ältere Mitbürger wollen sich ihre Mobilität bis ins hohe Alter erhalten und setzen dabei auf das eigene Auto. Es grenzt also schon an Realitätsverweigerung, wenn Rot-Grün jetzt nur noch den Radverkehr in Hamburg fördern will. Wir wollen alle Verkehrsarten gleichberichtigt stärken. Mit unserem Radverkehrskonzept haben wir diesen Anspruch deutlich gemacht. Mit Vernunft und Augenmaß. Wir setzen im Gegensatz zu Rot-Grün nicht ausschließlich auf aufgepinselte Radstreifen, sondern wo möglich auf sichere Hochbord-Radwege. Insbesondere ältere Mitmenschen aber auch Familien mit Kindern und auch viele Alltagsradler fühlen sich auf Radstreifen auf Straßenniveau im fließenden Straßenverkehr mit Bussen und Lkws unsicher. Diese Sorgen dürfen Sie nicht einfach vom Tisch wischen, ansonsten bringen Sie nicht mehr Menschen aufs Rad, sondern weniger.

Meine Damen und Herren,
Der öffentliche Raum ist begrenzt. Wenn man Akzeptanz für Umgestaltungen möchte, dann darf man nicht einfach hunderte Parkplätze ersatzlos wegfallen lassen. Das trifft verständlicherweise auf Widerstand.

Wir haben bereits zu Anfang der Wahlperiode das erfolgreiche Modell der Stadt Zürich - wegfallende oberirdische Parkplätze werden unterirdisch ausgeglichen - als Antrag eingebracht. Rot-Grün setzt stattdessen weiter auf Konfrontation.

Wir wollen die trennende ehemalige Ost-West-Straße unter die Erde bringen. Damit können wir das notwendige Zusammenwachsen der Innenstadt mit der HafenCity erreichen. Der dadurch freiwerdende Straßenraum bietet enormes Entwicklungspotential, natürlich auch für weiteren Wohnungsbau. Dafür wollen wir ab 2020 die Weichen stellen.

Eines der größten Projekte im öffentlichen Nahverkehr ist sicherlich der Bau der neuen U-Bahn-Linie U5. Bisher vergessene Stadtteile sollen damit an das Schnellbahnnetz angeschlossen werden.

Wie aber die Stadtteile Lurup und Osdorf mit den Arenen angebunden werden sollen das ist alles weiterhin ihr Geheimnis.

Auch den von Ihnen versprochenen parallelen Baubeginn der U5 an beiden Streckenenden wird es nicht geben. Seit den 1970er Jahren wartet Hamburgs Westen auf die Schnellbahn. Wenn das in dem rot-grünen Tempo weiter geht, werden bei Fertigstellung in anderen Städten längst automatisch geführte Stadtbusse und Flugtaxis unterwegs sein.

So ein milliardenschweres Projekt wird Hamburg niemals alleine stemmen. Ich an Ihrer Stelle würde mir also schleunigst den Bundesfinanzminister schnappen, der soll ja sogar ein Genosse von Ihnen sein, und Klarheit in die Finanzierung bringen.

Wir wollen die Nutzung des ÖPNV attraktiver machen und haben erst vor kurzem beantragt, insbesondere für junge Leute und Familien, günstigere 24-Stunden-Tickets anzubieten. Von Rot-Grün abgelehnt.

Gleichzeitig halten sie an den von ihnen eingeführten P&R-Gebühren uneinsichtig fest. Die P&R-Anlagen menschenleer, die Wohngebiete vollgeparkt und der Anreiz zum Umsteigen auf den ÖPNV ins absolute Gegenteil verkehrt. Diesen Gebühren-Unfug werden wir 2020 beenden!

Meine Damen und Herren,
alleine im Verkehrsbereich haben wir in dieser Wahlperiode bereits 77 Anträge gestellt, die sie fast alle abgelehnt haben.

77 Anträge, mit denen wir die Mobilität in Hamburg verbessern und zukunftsfähig machen.

Sie, Herr Tschentscher, haben sich offensichtlich entschieden, diese konfrontative Verkehrspolitik unverändert fortzusetzen. Die Grünen werden es Ihnen danken, die Hamburger ganz bestimmt nicht.

Sicherheit

Meine Damen und Herren,
wie auch im Straßenverkehr wollen die Menschen sich überall und zu jeder Zeit in ihrer Stadt sicher und geborgen fühlen.

Ob zu Hause in ihren Wohnungen, beim Spaziergehen im Park, abends auf der Heimfahrt mit der Bahn oder nachts auf der Reeperbahn und in der Schanze. Es ist Kernaufgabe von Politik und Staat, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Mein Ziel, meine Vision, ist es, Hamburg zur sichersten Großstadt Deutschlands zu machen. Dazu reicht es nicht aus, die Dinge schön zu reden. Wir brauchen mutiges, tatkräftiges, entschlossenes Handeln.

Noch immer sind die Aufklärungsquoten extrem niedrig. Für Straftäter ist das Risiko in Hamburg erwischt zu werden so gering wie in keinem anderen Bundesland.

Und das liegt an den politischen Rahmenbedingungen und nicht an unseren tüchtigen Polizistinnen und Polizisten.

Seit Jahren fordern wir ihnen, eine ehrliche Bedarfsanalyse zu machen und die Personalentwicklung schneller voranzutreiben. Wir müssen die Ausbildungskapazitäten hochfahren und deutlich mehr Polizeibeamte einstellen. Hamburgs Polizisten leiden unter einer Million Überstunden. Rund 200 Streifenwagen bleiben pro Monat in der Garage, nur weil Polizisten fehlen. Regelaufgaben der Polizeiarbeit können immer öfter nur mit Sonderkommissionen bewerkstelligt werden, das Personal fehlt dann an anderen Stellen. So kann es nicht weitergehen.

Unsere Polizei braucht politische Rückendeckung und kein anhaltendes Misstrauen, wie es durch die rot-grüne Kennzeichnungspflicht zum Ausdruck kommt.

Mehr Videoschutz an Kriminalitätsschwerpunkten, moderne Ausstattung auch für den Streifendienst, innovative Analyseprogramme zur Verbrechensvorhersage und mehr Polizeipräsenz auf den Straßen und bei den Bürgern vor Ort. Ganz konkrete Maßnahmen, die wir immer wieder eingefordert haben, für die wir als CDU stehen und die wir ab 2020 umsetzen wollen.

Meine Damen und Herren,
für uns gilt grundsätzlich Opferschutz vor Täterschutz.

Auch deshalb fordern wir eine Präventivhaft für Terrorverdächtige, um Gefahren für unsere Bevölkerung abzuwehren. Wie zuvor bei der Abschiebehaft muss Rot-Grün hier endlich umdenken.

Unser demokratischer Grundkonsens lautet: Es gibt keine gute Kriminalität und jede Form von Extremismus muss konsequent bekämpft werden. Dieser Grundsatz der wehrhaften Demokratie gilt und muss durchgesetzt werden.

Linksextremismus ist ein von Rot-Grün immer noch verkanntes und immer wieder klein geredetes Problem. Auch deshalb waren die G20-Chaostage in diesem Ausmaß überhaupt erst möglich. Wir haben als CDU immer wieder vor den Gefahren gewarnt – so auch vor dem G20-Gipfel. Sie wollten davon nichts wissen. Und wir warnen Sie auch heute wieder. Unser dezidierter Aktionsplan gegen Linksextremismus liegt bereits monatelange auf dem Tisch. Setzen Sie diesen endlich um. Einer der Punkte ist ein Aussteigerprogramm für Linksextreme. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen setzt genau das jetzt um. Doch Sie sind auch weiterhin auf dem linken Auge blind. Bestes Beispiel Rote Flora, in der die geistigen G20-Brandstifter noch immer rumsitzen. Nach dem G20-Gipfel hat ihr Vorgänger noch markige Ansagen gemacht. Wir alle wissen, was daraufhin geschehen ist: Gar Nichts.

Wie ist eigentlich ihr Verhältnis zur Roten Flora, Herr Tschentscher?

Ich sage ganz deutlich: Dieser rechtsfreie Raum, diese fortwährende Keimzelle des Linksextremismus in unserer Stadt muss geschlossen werden. Wir wollen daraus ein Gebäude machen, das allen Hamburgern zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren,
zum Selbstverständnis der Hamburger gehört es, sich frei, tolerant und offenherzig in ihrer Stadt zu bewegen und auch an Großveranstaltungen teilzunehmen. Aufgabe des rot-grünen Senats ist es, dieses freiheitliche Lebensgefühl der Hamburger zu bewahren und das friedliche Miteinander an der Alster, am Hafen und auf dem DOM zu ermöglichen und selbstverständlich die Sicherheitskosten dafür zu tragen. Und zwar nicht nur im Einzelfall und wieder nur nach monatelangem Druck der Opposition, sondern grundsätzlich und jederzeit.

Die Abschaffung des bezirklichen Ordnungsdienstes durch Sie als Bezirkssenator, Herr Tschentscher, war eine krasse Fehlentscheidung. Die zunehmende illegale Nutzung des öffentlichen Raums beispielsweise durch aggressive Bettelerei, die seit Jahren zunehmende Verwahrlosung vieler öffentlicher Wege, Straßen,

Plätze, Grün- und Erholungsanlagen und auch die unter Rot-Grün wieder entstandenen offene Drogenszene, zeigen das überdeutlich.

Das schadet der Lebensqualität in unserer Stadt massiv. Und selbst so manche Genossen in den Bezirken scheinen das genauso wahrzunehmen. Wann wacht Rot-Grün hier in der Bürgerschaft endlich auf?

Wir werden einen SOS-Dienst für mehr Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in allen Bezirken wieder einführen. Damit entlasten wir die Polizei, können Ordnungswidrigkeiten endlich konsequent verfolgen und ahnden und erhöhen das allgemeine Sicherheitsgefühl vor Ort.

Uns als CDU-Fraktion leitet der Grundsatz: Vorfahrt für Recht, Sicherheit und Ordnung zum Schutz unserer Freiheit und zum Wohle der Hamburger. Nur wenn unser Rechtsstaat funktioniert, nur wenn die Bürger darauf vertrauen können, dass Polizei und Justiz Verbrecher fassen und Strafe auf dem Fuße folgt, dann – und nur dann – schaffen wir Gerechtigkeit und festigen das Vertrauen in unsere Demokratie.

Durch Überlastung der Gerichte ist es zu wiederholten Fällen von vorzeitigen Haftentlassungen schwerer Gewalttäter gekommen. Die Probleme sind lang bekannt, Sie haben trotzdem viel zu spät reagiert und laufen der Realität immer noch hinterher.

An der Neustrukturierung des Strafvollzuges haben sie viel zu lange rumgedoktert. Ich hatte dem Senat bereits 2012 einen Justizstruktur-Frieden angeboten, den sie damals noch selbstherrlich abgelehnt haben. Jetzt, mit dem Rücken zur Wand, haben sie meinen Vorschlag aufgegriffen. Was blieb Ihnen auch anderes übrig?

Opposition wirkt, oder wie es mir viele Kollegen aus Ihren Reihen bestätigt haben: Eindrucksvoller kann man als Opposition seine Regierungsfähigkeit nicht unter Beweis stellen.

Meine Damen und Herren,
zu einem weiteren Thema habe ich hier gar nicht von Ihnen gehört Herr Tschentscher. Integration ist das gesellschaftliche Thema der Gegenwart und Zukunft, gerade auch in unserer Stadt. Integration muss gelingen, dazu gibt es keine Alternative.

Wenn beim Türkei-Referendum in Hamburg mehr türkische Wähler für Erdogan stimmen als in Istanbul, dann haben wir als Gesellschaft ein Problem. Dann droht Integration zu scheitern. Wenn in Hamburger Moscheen weiterhin Imame predigen, die im Ausland ausgebildet, von ausländischen Regierungen finanziert werden und eine politische Agenda verfolgen, dann droht Integration zu scheitern. Wenn sich weiter auch hier in unserer Stadt insbesondere junge muslimische Männer und Frauen radikalieren, dann droht Integration zu scheitern.

Wenn die Stadt Hamburg an Staatsverträgen mit Organisationen festhält, deren führende Vertreter durch verfassungsfeindliche Äußerungen auffallen, dann droht Integration zu scheitern.

Wir dürfen Parallelgesellschaften nicht akzeptieren.

Es reicht auch nicht aus, Zuwanderern nur die deutsche Sprache beibringen und sie in einen Kurs zu setzen. Wir müssen ebenso unsere Werte, unsere Art zu leben, vermitteln. Hier bei

uns gilt Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Gleichberechtigung von Frau und Mann, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, Religionsfreiheit und die Anerkennung des Staates Israel. Hierbei machen wir keine Abstriche. Integration braucht klare Regeln und muss diese auch einfordern. Wer gegen diese Regeln verstößt und sich nicht integrieren möchte, hat hier keine Zukunft. Und dass ein Bürgermeister dieser Stadt dazu keinen einzigen Satz verliert und keine Maßnahmen ankündigt - das werden wir ab 2020 ändern!

Bildung / Wissenschaft

Meine Damen und Herren,
Wertevermittlung von klein auf und gute Bildung sind der Schlüssel für unsere Zukunft. Die Hauptressource unserer Stadt bleibt das Wissen in den Köpfen der Menschen. Die Fertigkeiten und die Kreativität der Hamburger bilden die Grundlage für unseren Wohlstand und die Anziehungskraft unserer Metropole.

Bildung in Hamburg muss so ausgerichtet sein, dass Individualität und die Talente jedes einzelnen Schülers gezielt gefördert werden. Das geht eben nicht mit der Einheitsschule, die noch immer in weiten Teilen bei Rot-Grün die Wunschvorstellung ist.

Deshalb ist es auch der völlig falsche Weg, jetzt die Lehrerausbildung zu vereinheitlichen und auf eine zielgerichtete Ausbildung zu verzichten. Erst kommt der Einheitslehrer, dann folgt die Einheitsschule. Bei Ihnen gilt immer Masse statt Klasse, Quantität statt Qualität. Diesen bildungspolitischen Irrweg werden wir 2020 rückgängig machen.

Wir müssen die Lehrerausbildung verbessern und auf die jeweilige Schulform zuschneiden. Und wir müssen die Wertigkeit aller Schulabschlüsse wieder erhöhen. Die Vorstellung, nur das Abitur ist ein qualifizierter Abschluss und daran muss zwingend ein Studium anschließen, ist doch absurd. Mittlerweile machen in Hamburg deutlich über 50 Prozent eines Jahrgangs Abitur, jeder dritte Student bricht dann sein Studium ab, der zweithöchste Wert in Deutschland. Und gleichzeitig muss man auf einen gut ausgebildeten Handwerker muss man monatelang warten. Unser duales Ausbildungssystem, das weltweit als Vorbild dient, müssen wir stärken. Auch was die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung der Ausbildung angeht. Der immer weiter steigende Mangel an Fachkräften im Handwerk sollte uns Hinweis genug sein.

Bei den angekündigten Schließungen der katholischen Schulen haben Sie viel zu lange tatenlos zugesehen. Gleichzeitig müssen sie an staatlichen Schulen zusätzliche Container als Klassenräume aufstellen.

Wenn ihre nun neu angekündigten Schulbauten fertig sind, sind die Kinder in den Containern längst raus aus der Schule. Das hat in einer seit Jahren wachsenden Stadt mit vorausschauender Planung nichts zu tun.

Auch das Thema Digitalisierung in der Schule ist zu lange vernachlässigt worden. Solange man sich in einem Klassenraum entscheiden muss, ob man den Beamer ODER den

Computer anschließt, weil es nur EINE Steckdose gibt, brauchen wir nicht über die Digitalisierung der Schulen zu diskutieren.

Hier sind wir leider noch zu oft Entwicklungsland statt Technologieführer. Damit dürfen wir uns einfach nicht zufriedengeben, wenn wir auch in Zukunft weltweit konkurrenzfähige Spitzenkräfte ausbilden wollen. Geben wir unseren Kindern in Hamburg endlich auch im digitalen Zeitalter echte Chancengleichheit.

Eine wachsende Stadt mit steigenden Studentenzahlen braucht eine wachsende Wissenschaft und wachsende Hochschullandschaft - und dabei spreche ich im Gegensatz zu Ihnen nicht nur von wachsender Quantität, sondern vor allem auch von wachsender Qualität. Wir können es uns gar nicht leisten, Hamburg nicht zur Wissensmetropole auszubauen. Und daher gilt auch hier: Schöne Worte reichen nicht, wir brauchen endlich Tatendrang. [DESY (Finanzierung 90% Bund), Röntgenlaser XFEL]

Wir müssen unseren Fokus dabei klar auf die entscheidenden Zukunftsfelder richten, die MINT-Fächer stärken und auf Zukunftstechnologien im Kontext Internet der Dinge und Industrie 4.0 setzen.

Berlin, München und andere Regionen klotzen, während Rot-Grün mit einem halbherzigen Programm bisher nur kleckert.

Hamburg muss den Bereich Exzellenz stärken und die Finanzierung der Hochschulen insgesamt verbessern.

Die derzeitige jährliche Erhöhung des Budgets um 0,88% ist inflationsbereinigt faktisch eine Kürzung, die Mittel aus dem Hochschulpakt haben Sie zweckentfremdet und dabei soll ihnen die Wissenschaft angeblich so wichtig sein. Das kann ich daraus nicht erkennen.

Neben den Säulen Forschung und Lehre müssen wir den Bereich Unternehmensgründungen an unseren Hochschulen ausbauen. Ausgründungen aus der Wissenschaft heraus muss als Dritte Mission der Hochschulen begriffen und gelebt werden.

Dafür wollen wir die Infrastrukturen schaffen und das richtige Personal bereitstellen. Durch eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen, durch mehr internationale Studenten, Professuren und Forschungsprojekte stärken wir auch die Leuchtkraft unserer Hochschullandschaft weltweit.

Und dann müssen wir endlich an die maroden Gebäude ran. Die Attraktivität einer Hochschule definiert sich eben auch durch die Räumlichkeiten, in denen gelehrt und geforscht wird, und an der Ausstattung, die den Professoren, den Mitarbeitern und Studenten zur Verfügung steht.

Allein die Universität Hamburg hat laut Gutachten einen Sanierungsstau in Höhe von mehr als 500 Millionen Euro! Und zu dem Sanierungsstau an allen anderen staatlichen Hamburger Hochschulen tappen sie weiter im Dunkeln.

Wir brauchen eine ehrliche Bestandsaufnahme und einen konkreten Zeit- und Finanzierungsplan für die Sanierung unserer Hochschulen.

Schluss mit Stückwerk, wenn es um unsere Zukunft geht. Unsere Anträge dazu haben sie bisher immer abgelehnt. Das werden wir ab 2020 ändern.

Wohnen / Zukunft der Stadt

Meine Damen und Herren,

Hamburg ist eine wachsende Stadt. Allein in diesem Jahrzehnt ist Hamburg um rund 100.000 neue Einwohner gewachsen. Und dieses Wachstum wird sich nach allen Prognosen fortsetzen. Und das hat Folgen.

Nach mehr als 7 Jahren SPD-Regierung machen sich nach einer Umfrage der Zeit 70 Prozent der Hamburger große oder sehr große Sorgen, sich das Leben in Hamburg bald nicht mehr leisten zu können.

Eine Ohrfeige für Ihre Politik.

Ihr Versprechen, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, haben sie meilenweit verfehlt. Noch nie war es so teuer in Hamburg zu wohnen als jetzt, nie war es schwieriger eine Wohnung zu bekommen. Der Anteil an Wohnungen mit Mieten von weniger als 6,50 Euro ist allein sein 2015 um rund 10 Prozent abgesunken. Und diese Politik wollen Sie fortsetzen?

Mit dem Rückkauf des Fernwärmenetzes haben Sie den Grundstein für die nächste Kostenexplosion der Wohnkosten in Hamburg gelegt.

Ich hätte von Ihnen, Herr Tschentscher, erwartet, dass Sie hier heute eine klare Botschaft präsentieren welche finanziellen Belastungen auf die Hamburger zukommen werden oder ob die Warmmiete in Hamburg auch zukünftig noch bezahlbar bleibt. Und ich erwarte, dass Sie bei der Fernwärme die Grünen an die kurze Leine legen und unseren Vorschlag umsetzen, das Kohlekraftwerk Moorburg an das Fernwärmenetz anschließen. Es ist doch ganz einfach: Wollen wir unsere Klimaziele für Hamburg früher erreichen als geplant und bezahlbare Wärme beziehen, oder sind wir bereit auf Kosten der Steuerzahler und Mieter, jeden Preis zu zahlen, nur um das modernste Kohlekraftwerk Europas aus ideologischen Gründen außen vor zu lassen? Das werden wir 2020 korrigieren.

Meine Damen und Herren,
wir wollen mehr tun für Wohnungsbau:

Dafür braucht man Flächen und Baurechte und vor allem zügigere Planungen und schnellere Genehmigungen.

Es ist mir unbegreiflich, dass Wohnungsbau bei Ihnen zwar angeblich eine hohe Priorität besitzt, der seit Jahren vorhandene Flaschenhals der Rechtsprüfung von Bebauungsplänen jedoch immer noch nicht beseitigt wurde.

Gleiches gilt für die Stadtplanungsabteilungen der Bezirke. Diese haben für die Vielzahl an vorhabenbezogenen Bebauungsplänen einfach viel zu wenig Personal. Diesen Personalmangel haben Sie selbst zu verantworten, Herr Tschentscher.

Aber letztendlich bleibt die Frage, wo der zusätzliche Wohnungsbau entstehen soll?
Dass geht nur mit einer breiten öffentlichen Diskussion.

Nur so kann Akzeptanz erreicht werden. Dabei muss auch die Frage beantwortet werden, wie Hamburgs Grün erhalten bleibt.

Unseren Vorschlag, den Flächennutzungsplan - gemeinsam mit der Metropolregion - durch einen neuen zu ersetzen, hat Rot-Grün abgelehnt. Wir als CDU wollen nicht, dass Hamburg bald planlos dichtbebaut ist. Hamburg soll eine Stadt mit viel Grün bleiben.

Hamburg darf seine Lebensqualität nicht verlieren. Die Volksinitiative zum Erhalt von Hamburgs Grün muss ihnen doch Warnung genug sein.

Es ist ein großes Versäumnis dieses Senats, dass Wohnungsbau bisher überwiegend als rein innerhamburgische Herausforderung betrachtet wurde. Hamburg hat ein Flächenproblem und gerade deshalb ist es Geboten die Randgebiete und die Metropolregion in den Wohnungsbau mit einzubeziehen. Und zwar miteinander und nicht gegeneinander. Das haben wir mehrfach eingefordert. Sie haben es abgelehnt. Wir werden das 2020 machen.

Meine Damen und Herren,

in Folge ihrer Politik steigen die Baukosten immer weiter. Wohnungen werden dadurch so teuer, dass Normalverdiener sich diese kaum noch leisten können. Wo sind denn die für acht Euro den Quadratmeter versprochenen Wohnungen? Wir alle wissen, ohne staatliche Unterstützung wird es solche Wohnungen nicht geben.

Niemand kann für diesen Preis bauen.

Unseren Antrag zur generellen Senkung der Baukosten, haben sie jüngst abgelehnt ohne eigene Vorschläge zu präsentieren.

Ich will ein Bündnis für **bezahlbares** Wohnen in unserer Stadt. Hamburg muss Grundstücke stärker als bisher vergünstigt an Investoren abgeben. Im Gegenzug müssen diese vertraglich für bis zu 30 Jahren eine Miete deutlich unter den üblichen Marktpreisen garantieren.

Sorgen Sie endlich für eine echte Mietpreisbremse.

Im Gegensatz zu Ihnen mache ich Ihnen heute einen weiteren neuen Vorschlag: Die Möglichkeiten der SAGA stärker zu nutzen und ein Mietpreis-Moratorium auf fünf Jahre zu vereinbaren. In der Zeit wird die SAGA verpflichtet, keine Mieterhöhungen bei 130.000 Wohnungen vorzunehmen. Das entlastet nicht nur die Mieter der SAGA sondern den Mieter-Markt in ganz Hamburg, da der Mietenspiegel dann nicht mehr so stark steigt.

Um das wirtschaftlich aufzufangen, wird das erfolgreiche "Endlich meins" Programm fortgeführt, dass der CDU-Senat und eine Zeitlang sogar auch der SPD-Senat umgesetzt hat. Mietern wird dabei der Kauf ihrer Wohnung oder ihres Reihenhauses von der SAGA zu vergünstigten Konditionen angeboten. Dadurch wird die Eigentumsbildung gefördert und Einnahmen für den Haushalt generiert.

Also eine "WIN-WIN-Situation", von der alle profitieren! Setzen Sie es um oder wir machen es 2020.

Meine Damen und Herren,

ein weiterer Baustein ist unser Magistralenkonzept, dass Rot-Grün bereits nach einiger Zeitverzögerung dann doch übernommen hat. Entlang der Hauptverkehrsstraßen besteht langfristig das Potential von 100.000 bis 120.000 zusätzlichen Wohnungen – dafür brauchen die Bezirke mehr Personal.

Und machen sie sich endlich ehrlich bei den Wohnungsbauzahlen. Ehrlich, das spielen mit falschen Zahlen muss endlich aufhören. Beispiel: Am 26. April ist Richtfest der SAGA für einen Neubau in Horn. 300 neue Wohnungen, die Sie in ihrer Bilanz als Erfolg verbuchen. Was Sie dabei weglassen, sind die 220 Wohnungen, die zuvor abgerissen wurden. Genau so kommen ihre Wohnungsbauzahlen zustande. Kein Wunder das die Mieten immer weiter steigen.

Meine Damen und Herren,
Wohnungsbau ist das eine, die Infrastruktur drum herum ist das andere.
Der richtige Mix an sozialen und kulturellen Einrichtungen trägt maßgeblich zur Lebensqualität im eigenen Stadtteil bei und muss daher zukünftig strategisch mitgeplant werden.

Wir wollen nicht, dass Hamburg nur einfach weiter wächst, wir wollen, dass unsere Stadt auch qualitativ gestärkt wird und zusammenwächst. Wir wollen eine Stadt, die familienfreundlich ist und sich gleichzeitig um ihre älteren Mitbürger stärker kümmert. Qualität ist dabei das Stichwort.

Sowohl in der Betreuung in den Kitas als auch in der Pflege. Wir brauchen ein verbessertes Anreizsystem zur Ausbildung von Fachkräften in beiden Bereichen. Es kann doch nicht sein, dass Hamburg beim Verhältnis von Betreuer zu Kind immer noch Schlusslicht aller westdeutschen Bundesländer ist.

Auch in der Pflege ein ähnliches Bild: Laut Verdi fehlen 4.200 Pflegekräfte in Hamburg. Dass die Initiative gegen den Pflegenotstand innerhalb von drei Wochen über 27.000 Unterschriften gesammelt hat, sollte Ihnen doch Alarmsignal genug sein. Dass Rot-Grün die Volksinitiative rechtswidrig findet, ist keine Lösung des realen Problems.

Nach Medienberichten wurden 2017 nur 22 Prozent der Hamburger Heime mit einer Regelprüfung kontrolliert.

Herr Tschentscher, wenn Sie tatsächlich die Lebenssituation der Älteren in unserer Stadt verbessern wollen, dann fangen Sie doch damit an und sorgen Sie für eine funktionierende Pflegeaufsicht in Ihren Ämtern.

Der Wert von Politik bemisst sich auch daran, wie wir mit denjenigen umgehen, die sich noch nicht politisch organisieren und beteiligen können: Unseren Kindern und kommenden Generationen. Das fängt bei einer soliden Haushaltspolitik an und endet bei ganz konkreten Maßnahmen im Alltag.

Schluss

Meine Damen und Herren,
ich habe Ihnen heute ausführlich dargelegt, welche klugen und guten Lösungen es für die Herausforderungen unserer Stadt gibt. Wie wir Hamburg zurück in die Zukunft führen wollen. Wie wir Hamburg. Anders. Denken.

Sie haben zwar hier im Haus noch die rechnerische Mehrheit, aber nach dieser Rede ihres neuen Bürgermeisters steht fest, Ihnen fehlt die Einsicht und der Wille diese für Hamburgs Zukunft notwendigen Richtungsentscheidungen zu treffen.

Deshalb ist es gut, dass die Hamburgerinnen und Hamburger in gut eineinhalb Jahren im nächsten Wahlkampf neu entscheiden können.

Unser Ziel ist klar: Wir stehen für ein dynamisches Hamburg. Ein Hamburg, das sich was zutraut, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Wachsender Wohlstand, sichere Arbeitsplätze, bessere Bildung, konsequente Sicherheit, solide Finanzen und eine moderne Infrastruktur mit einem ausgewogenen Verkehrsmix sind dabei unsere klaren Prioritäten.

Vielen Dank!